Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen SIF
Bernerhof
Bundesgasse 3
3003 Bern

18. März 2024

Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesbeschlusses über die Einführung einer Kompetenz des Bundes im Bereich des Erdbebenschutzes und der Deckung von Gebäudeschäden bei Erdbeben

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. Dezember 2023 haben Sie die Kantone eingeladen, zur titelerwähnten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für die aufschlussreiche und umfassende Ausarbeitung der Unterlagen, die einen sehr guten Überblick über das Thema bieten. Gerne ergreifen wir die Möglichkeit und erlauben uns, folgende Bemerkungen einzubringen:

Wir begrüssen die Einführung einer Kompetenz des Bundes im Bereich der Erdbebenvorsorge und der Finanzierung von Gebäudeschäden bei Erdbeben durch eine Eventualverpflichtung, obwohl wir eine schweizweite Monopolversicherungslösung bevorzugen würden, was aus verschiedenen Gründen kaum mehr über die Kantonalen Gebäudeversicherungen umsetzbar ist. Eine nationale Regelung ist nötig, da Stand heute nur ein verschwindend kleiner Anteil der Solothurner Gebäude gegen Erdbeben versichert ist und die vorgeschlagene Eventualverpflichtung im Ereignisfall den raschen Wiederaufbau gewährleistet.

Für die Eventualverpflichtung spricht, dass der von der Gebäudeeigentümerschaft zu entrichtende Betrag erst nach einem schweren Erdbeben fällig würde. Statt über Jahrzehnte Versicherungsprämien zu bezahlen, müssten Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer erst nach Schadeneintritt einen einmaligen Betrag zahlen. Der Beitrag erfolgt solidarisch, auch durch die nicht betroffenen Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer. Darüber hinaus ist es, solange kein Schaden eintritt, eine «Gratisversicherung» über Generationen hinweg. Mit der Eventualverpflichtung Erdbeben (nachfolgend «EVV») wird der Schaden durch die zum Zeitpunkt des Ereignisses aktive Generation finanziert.

Dennoch möchten wir an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen und folgende Anliegen, die bei der Inkraftsetzung zu berücksichtigen sind, einbringen:

Was die vorgesehene Höhe der Eventualverpflichtung gemäss Art. 74a Abs. 2 der Bundesverfassung für den Schadenfall anbelangt, erscheint uns die Limite von maximal 0.7 % der Gebäudeversicherungssumme als angebracht. Hingegen vermissen wir eine Festlegung, wie viele unabhängig voneinander auftretende Erdbebenereignisse von der EVV zu decken sind. Dies ist zwingend auf ein Ereignis pro Kalenderjahr zu begrenzen.

Wir unterstützen insbesondere auch die Einführung eines Selbstbehalts, wie er im erläuternden Bericht skizziert wurde (vorliegend 5 % der Gebäudeversicherungssumme, aber mindestens 25'000 Schweizer Franken). So können mehr Gebäude von einer Deckung und somit von der solidarischen Lösung profitieren.

Für säumige Liegenschaftsbesitzende sieht die Vorlage notfalls die Veräusserung deren Liegenschaften vor. Dies erachten wir als eine zu weitgreifende Massnahme. Unbestritten ist, dass jede Person ihren Beitrag zu leisten hat. Jedoch wird dieses Vorgehen zu unnötigen Härtefällen führen. Ein Verlust des Zuhauses, in dem die Betroffenen günstig leben können, kann zum Bezug von Sozial- oder Ergänzungsleistungen zwingen, da eine Miete oftmals teurer ist als ein Eigenheim. Die Möglichkeit, die individuelle Leistungsfähigkeit von Gebäudeeigentümerinnen oder -eigentümern über die privaten Versicherungen abzudecken, stellt nur bedingt eine Lösung dar, da finanziell Schwache auch hierfür nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. Wir schlagen deshalb vor, ein Grundpfand im Grundbuch einzutragen, das im Falle einer Handänderung zu bedienen ist und bis zum Eintritt der Fälligkeit mit einem marktüblichen Zins belegt wird. Damit können sozial Schwache in ihrer Liegenschaft verbleiben, der Bund würde die Kosten sozusagen als zinsloses Darlehen vorstrecken.

Sollte eine EVV eingeführt werden, würde dies die Auflösung des zurzeit bestehenden Schweizerischen Erdbebenpools (SPE) mit sich bringen. Die bis anhin im SPE geäufteten Gelder würden zurück an die Kantonalen Gebäudeversicherungen fliessen.

Laut Art. 74a Abs. 1 der Bundesverfassung ist die Eigentümerschaft von Gebäuden verantwortlich, die Erdbebensicherheit Ist-Stand heute im geltenden Schweizer Normenwerk beim Erstellen, Betreiben und Unterhalten von Bauten zu berücksichtigen. Inwieweit die entsprechenden Normen bei der heutigen Bautätigkeit zur Anwendung kommen, ist nicht bekannt. Sollten Mindestvorschriften gesetzlich eingeführt werden, würde dies zwar das Schadenausmass verringern, jedoch die Erstellungskosten erhöhen. Für Neubauten wurden die Mehrkosten auf 1–2 % der Bau-summe geschätzt, für bestehende Bauten wird die Erdbebenertüchtigung deutlich kostenintensiver ausfallen.

Dass Neubauten erdbebensicher gemäss dem SIA-Normenwerk gebaut werden, ist eine sinnvolle Forderung, da hier die entsprechenden Massnahmen kostengünstig eingeplant werden können. Im Bestand hingegen bringen Eingriffe zur Ertüchtigung der Erdbebensicherheit hohe Kostenfolgen mit sich. Sollte Art. 74a Abs. 1 eingeführt und umgesetzt werden, wäre in letzter Konsequenz die Eventualverpflichtung in der angegebenen Höhe nicht gerechtfertigt, da der Gebäudepark der Schweiz aufgrund der Ertüchtigungen vor einer Beschädigung im Ereignisfall geschützt wäre.

Art. 74a Abs. 1 stellt ein weiterer Eingriff des Bundes in die Hoheit der Kantone dar, was wir nicht als gerechtfertigt erachten. Falls der Artikel dennoch verabschiedet werden soll, ist er als Empfehlung auszuformulieren.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen und Ihre Kenntnisnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Hodel
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber